



Geschäftsbericht 2021

90. Geschäftsjahr

Sparda-Bank Ostbayern eG

Sparda-Bank

Die Deine Bank.



Foto: istockphoto.com/StGrafix

Anmerkung

Soweit in unserem Geschäftsbericht Personen- und Funktionsbezeichnungen nicht ausdrücklich in der weiblichen und männlichen Form genannt werden, gelten die sprachlichen Bezeichnungen in der männlichen Form sinngemäß auch in der weiblichen Form. Wir bitten aus Gründen der Lesbarkeit um Ihr Verständnis.



Inhalt

- 5 Grußwort des Vorstands
- 7 Jahresabschluss 2021 der Sparda-Bank Ostbayern eG
- 8 Lagebericht
- 21 Bericht des Aufsichtsrats
- 22 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2021
- 24 Gewinn- und Verlustrechnung
- 25 Anhang
- 37 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 44 Impressum



Von links:
Johannes Lechner (Stv. Vorstandsvorsitzender)
Michael Gruber (Vorstandsvorsitzender)
Werner Dollinger (Vorstand)

Grußwort des Vorstands

Liebe Mitglieder, liebe Kundinnen und Kunden, liebe Sparda-Familie,

im Geschäftsbericht für das Jahr 2021 blicken wir auf das 90. Geschäftsjahr unserer Sparda-Bank Ostbayern eG zurück. Im Allgemeinen wird 2021 erneut als „Corona-Jahr“ in Erinnerung bleiben und natürlich nahm die Pandemie auch Einfluss auf die Sparda-Bank. Große Feierlichkeiten waren demnach nicht möglich und unsere Vertreterversammlung wurde wie auch 2020 im virtuellen Format abgehalten. Wie im Vorjahr war die Teilnahmebereitschaft der Vertreterinnen und Vertreter groß – ein starkes Zeichen für die Verbundenheit der Mitglieder der Vertreterversammlung zu ihrer Sparda-Bank.

Dennoch: das persönliche Gespräch, die Vertreterversammlung vor Ort kann durch eine virtuelle Veranstaltung nicht zur Gänze ersetzt werden. Wir freuen uns daher sehr, dass wir zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichts mit einer Präsenzveranstaltung für die Vertreterversammlung 2022 planen können.

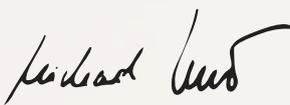
In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats nach der Vertreterversammlung 2021 wählte das Gremium Harald Hammer zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Sparda-Bank Ostbayern eG. Bei der Wahl zum neuen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden votierte der Aufsichtsrat für Bernhard Gruber. Franz Pell, bisheriger Aufsichtsratsvorsitzender und weiterhin Mitglied des Aufsichtsrats, stellte sich nicht mehr zur Wahl des Vorsitzenden. Wir bedanken uns bei Herrn Pell für die langjährige Tätigkeit an der Spitze des Aufsichtsrats sowie für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Das Umfeld am Finanz- und Bankenmarkt ist weiterhin herausfordernd. Vor allem die immer noch anhaltende Niedrig- oder gar Negativzinsphase wirkt belastend. Weitere außerordentliche Faktoren, wie beispielsweise ein neues Grundsatzurteil zum Umgang mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen, beeinflussten 2021 die Bankenwelt und somit auch die Sparda-Bank Ostbayern eG. Ebenso nimmt die bereits jetzt umfassende Regulatorik kontinuierlich zu.

Der Geschäftsbetrieb unserer Sparda-Bank hingegen, unser Kerngeschäft, entwickelte sich weiter sehr erfolgreich. Sowohl im Anlage- wie auch im Kreditbereich leisteten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im letzten Jahr hervorragende Arbeit. Dies gilt für alle Mitglieder unserer Belegschaft, sowohl in den Filialen als auch in den internen Abteilungen. Gleichzeitig zeigt dies, dass unsere Kundinnen und Kunden der Sparda-Bank Ostbayern eG vertrauen, die kompetente Beratung schätzen und die Art und Weise, wie wir Kundenbeziehungen pflegen, ankommt. Dafür danken wir unseren Kundinnen und Kunden herzlich!

Unser Blick in die Zukunft ist daher bei allen Herausforderungen positiv. Unser Kerngeschäft ist intakt, die äußeren Einflüsse werden wir wie in den zurückliegenden 90 Jahren mit Herz und Verstand angehen und meistern.

Ihr Vorstand



Michael Gruber
Vorstandsvorsitzender



Johannes Lechner
Stv. Vorstandsvorsitzender



Werner Dollinger
Vorstand

90 Jahre Sparda-Bank Ostbayern eG

90 JAHRE

Sparda-Bank

Die Deine Bank.

Die Sparda-Bank Ostbayern eG feierte 2021 ihr 90-jähriges Bestehen. Eine beachtliche Zeit, die stolz macht – denn seit jeher bietet unsere Genossenschaft ihren Mitgliedern, Kundinnen und Kunden Kompetenz in Finanzfragen und Partnerschaft auf Augenhöhe.

Heute gehören wir zu den größten Genossenschaftsbanken in Bayern – mit mehr als 110.000 Mitgliedern. Seit Beginn steht bei uns die Förderung des wirtschaftlichen Erfolgs aller Mitglieder im Fokus unseres Handelns. Wir blicken zurück auf 90 erfolgreiche Jahre Sparda-Bank in Ostbayern.

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Mitgliedern für die partnerschaftliche Zusammenarbeit und das Vertrauen.

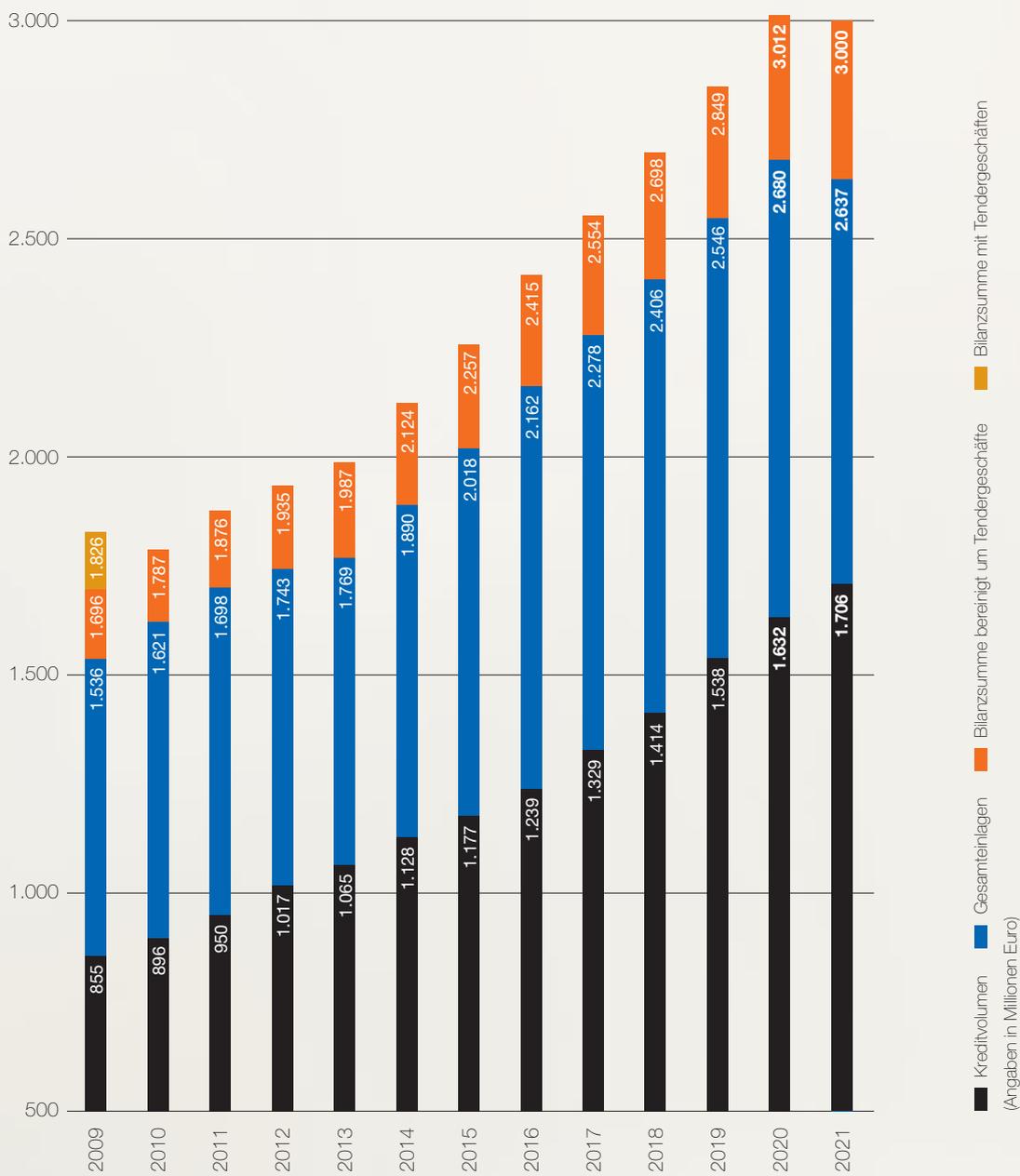
JAHRE

JAHRE



Jahresabschluss 2021 der Sparda-Bank Ostbayern eG

Entwicklung des Geschäftsvolumens seit 2009



Lagebericht

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Wirtschaft auf Erholungskurs

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten Konjunkturerinbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,7 %, nachdem es 2020 um massive 4,6 % zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Pandemiefolgen belasten noch immer

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Corona-Wellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe.

Andererseits bremsten die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Stagnation des Privatkonsums

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommerhalbjahr und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht aber lediglich auf dem niedrigen Vorjahresniveau stagnieren. Im Jahr 2020 waren die privaten Konsumausgaben um 5,9 % eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,4 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Investitionsklima stabilisiert sich

Nach dem starken Rückgang des Vorjahres um 11,2 % stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen 2021 ebenfalls. Angesichts des verbesserten globalen Konjunkturfelds, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der insgesamt nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen mit anhaltend niedrigen Zinsen, erhöhten sich die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,2 %. Das Wachstum der Investitionsausgaben hätte ohne die hohen Rohstoffpreise und Materialengpässe aber deutlich stärker ausfallen können. Dies gilt auch für die Bauinvestitionen, deren langjähriger Aufwärtstrend sich abgeschwächt fortsetzte (+0,5 % nach +2,5 % im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld Rückenwind erfuhr. Alles in allem blieben die Investitionsausgaben aber etwas hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfach erfolgten Abbaus von pandemiebedingten Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar an Fahrt auf. Eine Ausnahme bildete allerdings der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich, der sich wegen des zum Jahresanfang vollzogenen Austritts des Landes aus der Europäischen Union vergleichsweise schwach entwickelte. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,4 %) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+8,6 %) lieferte der Außenhandel als Ganzes rechnerisch einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 0,9 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wieder erlangt werden.

Staat erneut mit hohem Finanzierungsdefizit

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag lag bei 153,9 Mrd. Euro, was 4,3 % des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 % im Vorjahr auf etwa 71 % gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 % erneut deutlich überschritten haben. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2021 werden voraussichtlich im April 2022 veröffentlicht.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 % auf 5,7 %. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommerhalbjahr, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Kräftiger Anstieg der Inflationsrate

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 % im Januar auf 5,3 % im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 % und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 % gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

2. Entwicklung der Sparda-Bank Ostbayern eG

Bilanzsumme	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	2.999.577	3.011.722	- 12.145	- 0,4

Die Bilanzsumme blieb nahezu unverändert. Sie ist um 0,4 % (Vorjahr + 5,7 %) zurückgegangen.

Liquide Mittel	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Barreserve (Aktivposten 1)	21.425	18.613	+ 2.812	+ 15,1
Bankguthaben (Aktivposten 3)	353.156	338.770	+ 14.386	+ 4,2
Wertpapiere (Aktivposten 5 u. 6)	894.185	996.207	- 102.022	- 10,2

Im Laufe des Jahres war im kurzfristigen Laufzeitenbereich eine Seitwärtsbewegung der Zinsen zu verzeichnen. Im mittel- und langfristigen Laufzeitenbereich ist im Jahresverlauf ein leichter Zinsanstieg eingetreten. Die Marktzinsstrukturen bewegten sich weiterhin in einem breiten Laufzeitenbereich auf historisch niedrigem Niveau. Entsprechend unseres sog. „passiven Ansatzes“ bei der Steuerung unseres Zinsbuches wurden freie Mittel und Rückflüsse aus fälligen Bankguthaben und Wertpapieren in Schuldscheindarlehen, Namenspfandbriefen, variabel- und festverzinslichen Wertpapieren mit verschiedenen Laufzeiten und Assets angelegt. Im Rahmen der Asset Allocation haben wir im Berichtsjahr in Kooperation mit unserem Verbundpartner Union Investment den Spezialfonds (UIN-Fonds Nr. 771) um einen Betrag in Höhe von 20.993 TEUR aufgestockt. Im Bereich der Publikumsfonds haben wir Verkäufe in Höhe von 1.475 TEUR getätigt.

Im Berichtsjahr haben wir verschiedene Wertpapierleihgeschäfte in Form des Wertpapierdarlehens mit unserer Zentralbank durchgeführt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 hatten wir noch 66 Wertpapiere mit einem Bilanzwert in Höhe von 361.250 TEUR als Wertpapierleihgeschäfte unter Aktivposten 5 (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) bilanziert.

Im Berichtsjahr kauften wir variabel- und festverzinsliche Wertpapiere mit einem Volumen von 87.751 TEUR hinzu. 208.120 TEUR flossen wegen Endfälligkeit bzw. Verkauf zurück. Der Buchbestand aller Wertpapiere ist um 102.022 TEUR auf 894.185 TEUR zurückgegangen. Durch die Endfälligkeiten und Verkäufe von Wertpapieren und Fonds waren realisierte Kursgewinne in Höhe von 3.062 TEUR und realisierte Kursverluste in Höhe von 640 TEUR zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr haben wir Wertpapiere mit einem Volumen in Höhe von 86.320 TEUR von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgewidmet.

Alle Wertpapiere in der Liquiditätsreserve sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, die Wertpapiere im Anlagevermögen sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet worden. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 1.377 TEUR vermieden.

Forderungen an Kunden	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Forderungen bis einschließlich 5 Jahre* (in Aktivposten 4 enthalten)	25.660	27.776	- 2.116	- 7,6
Langfristige Forderungen über 5 Jahre* (in Aktivposten 4 enthalten)	1.680.371	1.604.702	+ 75.669	+ 4,7
Gesamtforderungen	1.706.031	1.632.478	+ 73.553	+ 4,5
Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1.b) unter dem Strich, Bürgschaften und Garantien)	598	870	- 272	- 31,3

* Gliederung nach Ursprungslaufzeiten

Das Kreditgeschäft entwickelte sich mehr als zufriedenstellend und lag über den prognostizierten Erwartungen. Insbesondere bei den langfristigen Forderungen konnten wir deshalb mit 75.669 TEUR bzw. 4,7 % wieder beachtliche Zuwachsraten verzeichnen.

Insgesamt sind die Forderungen an Kunden um 73.553 TEUR oder 4,5 % auf 1.706.031 TEUR gestiegen (Vorjahr + 94.218 TEUR oder + 6,1 %). Die täglich fälligen Forderungen erhöhten sich um 1.748 TEUR oder 16,4 % auf 12.419 TEUR. Die Baukredite und die Persönlichen Kredite bis einschließlich fünf Jahre verminderten sich um 3.864 TEUR oder 22,6 % auf 13.241 TEUR.

Bei den langfristigen Baukrediten nahmen die Ratenkredite um 59.086 TEUR oder 3,9 % auf 1.567.150 TEUR zu. Die langfristigen Nichtratenkredite sind um 16.583 TEUR oder 17,2 % auf 113.221 TEUR angestiegen.

Allen erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1)	133.165	116.755	+ 16.410	+ 14,1
Einlagen von Kunden				
Spareinlagen (Passivposten 2.a))	820.025	849.235	- 29.210	- 3,4
Täglich fällige Einlagen (Passivposten 2.ba))	1.809.765	1.822.762	- 12.997	- 0,7
Befristete Einlagen (Passivposten 2.bb))	6.798	8.266	- 1.468	- 17,8
Gesamteinlagen	2.636.588	2.680.263	- 43.675	- 1,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 16.410 TEUR bzw. 14,1 % angestiegen. Diese Erhöhung betrifft die Passivposition zu Förderkrediten.

Insgesamt verminderten sich die Kundeneinlagen um 43.675 TEUR oder 1,6 % auf 2.636.588 TEUR (Vorjahr + 134.412 oder + 5,3 %).

Die Spareinlagen sind um 29.210 TEUR oder 3,4 % auf 820.025 TEUR zurückgegangen.

Die befristeten Einlagen verminderten sich um 1.468 TEUR oder 17,8 % auf 6.798 TEUR.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Bezug auf die Sichteinlagen konnte im Geschäftsjahr umgekehrt werden. Es war eine leichte Reduzierung der Sichteinlagen (Giro- und Tagesgeldanlagen) zu verzeichnen. Die täglich fälligen Einlagen sind um 12.997 TEUR oder 0,7 % (Vorjahr + 151.288 TEUR oder + 9,1 %) auf 1.809.765 TEUR zurückgegangen.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Geschäftsjahr 249 TEUR; in die Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Software wurden 109 TEUR investiert, die restlichen Investitionen betreffen Gebäude bzw. Mietereinbauten mit 140 TEUR. Ferner wurden Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten in Höhe von 434 TEUR durchgeführt.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten betrug zum Jahresende 221 Mitarbeiter und ist im Vergleich zum Vorjahr um drei Personen angestiegen. Neben 136 Vollzeitkräften waren 78 Teilzeitkräfte und 7 Auszubildende in der Sparda-Bank Ostbayern eG beschäftigt. Um den erhöhten Anforderungen im Bankgeschäft gerecht zu werden, wurde von externen Fortbildungsmaßnahmen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus führten wir regelmäßig interne Schulungsmaßnahmen durch.

Baumaßnahmen

Die großen Baumaßnahmen konnten in unserem Hause in den letzten Jahren abgeschlossen werden. Im Jahr 2021 wurden lediglich verschiedene kleinere Renovierungsmaßnahmen in der Zentrale und einigen Filialen durchgeführt.

Änderung in der Filiale Plattling

Um den zukünftigen Herausforderungen im strukturellen Bereich gerecht zu werden, haben wir uns im Berichtsjahr dazu entschlossen, die beiden Filialen Plattling und Deggendorf zusammenzulegen und unsere Kunden zukünftig in der Filiale Deggendorf umfassend zu beraten und zu betreuen. Aus diesem Grund erfolgte am 22.10.2021 die Schließung unserer Filiale im Globus Plattling und der SB-Stelle in der Deggendorfer Straße 2 in Plattling. Um weiterhin die Bargeldversorgung der Kunden in Plattling sicherzustellen, konnte nach der Filialschließung am gleichen Standort im Globus Plattling eine kleinere Fläche angemietet werden, um eine SB-Stelle zur Bargeldversorgung einzurichten. Die neue SB-Stelle konnte am 23.10.2021 in Betrieb genommen werden.

Änderungen Filialstandort Landshut

Eine weitere Filialzusammenlegung erfolgte am 30.12.2021 in Landshut. Die Filiale Landshut-West in der Ludwig-Erhard-Straße 8 haben wir mit der Filiale Landshut-Stadt in der Neustadt 448 zusammengelegt. Zukünftig werden wir unsere Kunden im Raum Landshut kompetent in der Filiale Landshut-Stadt beraten und betreuen. Zur Sicherstellung der Bargeldversorgung im Landshuter Westen betreiben wir in der Ludwig-Erhard-Straße 8 in Landshut weiterhin eine SB-Stelle in den Räumen der ehemaligen Filiale.

IT-Strategie

Durch die im Vorjahr begonnene strategische IT-Neuaufstellung erfolgten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Transition und Transformation des IT-Dienstleisters Sopra Financial Technology, Nürnberg, zur Vorbereitung einer Systemmigration. Das vom IT-Dienstleister vertraglich geschuldete Projekt zur Transformation der IT hat aufgrund der Komplexität in vielen Bereichen im Jahresverlauf 2021 zu großen Herausforderungen geführt. Im Hinblick auf die Kostensituation, Betriebsstabilität sowie Verschiebung von Projekten wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen. Grundlage hierfür war eine Analyse aller möglichen

Optionen für die künftige Aufstellung der IT unserer Bank. Ziel der neuen Überlegungen im IT-Bereich ist, künftig eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige IT mit verlässlichen und kalkulierbaren IT-Kosten zu nutzen. Die Überlegungen und bereits ergriffenen Maßnahmen werden voraussichtlich in 2022 zu grundlegenden Weichenstellungen im Zusammenhang mit der IT-Situation unseres Hauses führen.

CORONA-Pandemie

Das Geschäftsjahr war stark durch die im Frühjahr 2020 aufgetretene CORONA-Pandemie geprägt. Wir waren wie im Vorjahr gefordert, mit neuen und teilweise drastisch anmutenden Maßnahmen der exponentiellen Ausbreitung des Virus entgegen zu wirken, um die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten und das Leben und die Gesundheit unserer Kunden und Mitarbeiter zu schützen. Die Weiterentwicklung von Gegenmaßnahmen und Umsetzung von gesetzlichen Regelungen wurde in unserem Hause durch einen Krisenstab und eine CORONA-Koordinationsgruppe begleitet. Es ist ein umfassendes Hygiene-Konzept für Kunden und Mitarbeiter installiert. Ferner haben wir für Mitarbeiter und Führungskräfte in den Verwaltungsbereichen weiterhin verstärkt Homeoffice-Arbeitsplätze angeboten.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der CORONA-Pandemie sind laufend durch unser Risikocontrolling analysiert und bewertet worden.

Meldewesen

Die Meldefähigkeit zu den einzelnen Meldungen konnte zu den jeweiligen Terminen gewährleistet werden. Im Laufe des Jahres erfolgten weitere Anpassungen (z. B. Umsetzung CRR II zum 30.06.2021) aufgrund rechtlicher Vorgaben und technischer Standards, die von der EBA veröffentlicht wurden.

II. Darstellung der Lage der Bank

1. Ertragslage

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss (einschließlich GuV Posten 3)	29.835	30.922	- 1.087	- 3,5
Provisionsüberschuss	11.004	11.364	- 360	- 3,2
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0	0	0	0,0
Übrige Erträge	1.249	453	+ 796	+ 175,7
Personalaufwand	13.980	15.138	- 1.158	- 7,6
Sachaufwand	17.736	15.541	+ 2.195	+ 14,1
Abschreibung auf Sachanlagen	1.170	1.139	+ 31	+ 2,7
Bewertungsergebnis	- 1.498	- 751	- 747	+ 99,5
Steueraufwand	2.336	3.705	- 1.369	- 37,0
Übrige Aufwendungen	3.344	4.381	- 1.037	- 23,7
Jahresüberschuss	2.024	2.084	- 60	- 2,9

Der Zinsüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % bzw. 1.087 TEUR zurückgegangen. Dies liegt vor allem an der Rückstellungsbildung im Zusammenhang mit der Allgemeinverfügung der BaFin zu Prämiensparverträgen. Ferner ergaben sich durch ablaufende Zinsbindungen und Wiederanlage auf niedrigerem Niveau sowohl auf der Aktiv- als auch der Passivseite der Bilanz deutliche Belastungen des Zinsergebnisses, da sich die Effekte der Aktivseite stärker ausgewirkt haben. Der Aufwand für die vorzeitige Auflösung von derivativen Geschäften im Rahmen der passiven Zinsbuchsteuerung ist gegenüber dem Vorjahr dagegen deutlich zurückgegangen. Durch entsprechende Maßnahmen konnten im Geschäftsjahr Erträge erwirtschaftet werden.

Der Provisionsüberschuss konnte auf dem hohen Vorjahresniveau trotz der schwierigen Marktlage im Wesentlichen stabilisiert werden und ist nur um 360 TEUR bzw. 3,2 % auf 11.004 TEUR gesunken. Die Minderung resultiert vor allem aus der Aussetzung von Kontoführungsgebühren im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus im 2. und 3. Quartal 2021. Höhere Erträge konnten im Vermittlungsgeschäft von Investmentfonds und aus der Wertpapierleihe generiert werden.

Die übrigen Erträge haben gegenüber dem Vorjahr um 175,7 % bzw. 796 TEUR zugenommen. Grund hierfür waren vor allem höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und periodenfremde sonstige Erträge.

Der Personalaufwand hat gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % bzw. 1.158 TEUR abgenommen. Die Minderung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Ferner sind auch die Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen und Altersteilzeitrückstellungen leicht zurückgegangen. Der Personalaufwand in Form von Löhnen und Gehältern und Sozialabgaben ist in etwa gleich geblieben.

Der Sachaufwand ist um 14,1 % bzw. 2.195 TEUR angestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für IT/EDV, Beratungsaufwendungen und Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus. Diesen Aufwendungen standen geringfügige Einsparungen bei den Positionen Reisekosten, Bewirtungs- und sonstige Aufwendungen gegenüber.

Die Kosten für Abschreibungen auf Sachanlagen sind aufgrund einer Restwertabschreibung leicht angestiegen.

Der Bewertungsaufwand ist um 747 TEUR ggü. dem Vorjahr angestiegen. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus höheren Kurswertabschreibungen von Anleihen und Schuldverschreibungen sowie höheren Abschreibungen auf Beteiligungen. Die Risikokosten im Kundenkreditgeschäft bewegen sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau.

Die Cost-Income-Ratio liegt bei 80,5 % (Vorjahr: 75,2 %).

In den übrigen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen aus den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und a. o. Aufwendungen im Zuge der Neuaufstellung der Rechenzentrumsleistungen enthalten.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV 23) sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Es wurde unter Berücksichtigung der Niedrigzinsphase ein noch zufriedenstellender Jahresüberschuss erzielt, der es gestattet, die Rücklagen zu stärken und unseren Mitgliedern eine angemessene Dividende zu zahlen.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Liquidität

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Liquidität der Kreditinstitute wurden zu jeder Zeit eingehalten.

Bei Bedarf stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB jederzeit zur Verfügung. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den kommenden Jahren nicht zu rechnen.

Verpflichtung aus dem Garantieverbund

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantiefonds und Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 4.078 TEUR verbunden. Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

3. Vermögenslage

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital (Passivposten 12 a))	19.250	11.275	+ 7.975	+ 70,7
Rücklagen	118.029	116.079	+ 1.950	+ 1,7
Bilanzgewinn (nach Abzug der Dividende)	1.794	1.950	- 156	- 8,0
	139.073	129.304	+ 9.769	+ 7,6

Das Eigenkapital beträgt 4,6 % der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und Zuwächse bei den Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Die Bank verfügt über eine geordnete Vermögenslage und eine solide Eigenkapitalausstattung.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,13 %.

Derivategeschäfte

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps im Rahmen der passiven Benchmarksteuerung des Zinsbuches eingesetzt, insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos. Der Umfang unserer Derivategeschäfte ist im Anhang des Jahresabschlusses dargestellt. Die Geschäfte wurden mit unserer Zentralbank abgeschlossen.

4. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Unsere Wachstumsziele konnten im Berichtsjahr im Wesentlichen erreicht bzw. übererfüllt werden. Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2021 war zufriedenstellend. Durch eine solide Eigenkapitalausstattung wurden die Mindestanforderungen der Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirement Directive, CRD IV) und der dazugehörigen Verordnung (Capital Requirement Regulation, CRR II) übererfüllt. Die Finanz- und Liquiditätslage bewegte sich stets in geordneten Bahnen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

Allgemeines

Wir verfügen über angemessene Risikomanagement- und Controllingsysteme. Diese sind darauf ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise zu steuern. In Anlehnung an die „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ werden nachfolgende Risiken als wesentlich identifiziert: Marktpreisrisiko, Adressenrisiko, Liquiditätsrisiko und Operationelles Risiko. Über die Risikoinventur erfolgt eine regelmäßige Identifizierung und Einschätzung der Risikoarten.

Die Risikostrategie formuliert Grundsätze der Sparda-Bank Ostbayern eG zum Umgang mit Risiken und setzt so die Rahmenbedingungen für den Aufbau eines konsistenten Risikomanagement- und Controllingsystems. Das Risikomanagement umfasst alle Maßnahmen, Verfahren und Prozesse, welche die Steuerung und Überwachung der sich aus der Geschäftstätigkeit der Sparda-Bank Ostbayern eG ergebenden wesentlichen Risiken sicherstellen bzw. diese begrenzen.

Zentrales Ziel unserer Risiko- und Geschäftspolitik ist die Sicherstellung der nachhaltigen Entwicklung und langfristigen Existenzsicherung unserer Genossenschaft. Hierfür ist nach unserem Verständnis eine solide Eigenkapitalbasis unverzichtbar. Mit dem von uns angestrebten Betriebsergebnis soll die Stärkung des Eigenkapitals auch zukünftig sichergestellt werden.

Risikotragfähigkeit

Durch die regelmäßige periodenorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung wird gewährleistet, dass alle wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird eine Unternehmensfortführung unterstellt (Going-Concern-Ansatz).

Alle wesentlichen Risiken werden durch ein eigenes Limitsystem begrenzt. Das Gesamtbanklimit sowie die daraus resultierenden Teillimite werden regelmäßig überwacht.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr, dass das tatsächliche Ergebnis aufgrund unerwarteter Änderungen von Marktpreisen (z. B. Zinsen) vom geplanten Ergebnis abweicht. Bei den Marktpreisrisiken nimmt das Zinsänderungsrisiko traditionell den größten Raum ein.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt im Rahmen eines wertorientierten Steuerungskreises - es erfolgt hierbei eine Ausrichtung an einer fest definierten Benchmark (sog. passive Steuerung). Ausschließlich zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswap-Geschäften zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Neben der wertorientierten Betrachtung werden auch GuV-Simulationen durchgeführt. Diese beinhalten die Darstellung des Zinsspannenrisikos und des bilanziellen Marktwerttrisikos (Bewertungsrisiko Eigenanlagen). Bei der Zinsspanne erwarten wir aufgrund des Marktumfeldes weiterhin eine rückläufige Entwicklung in den nächsten Jahren. Ein Anstieg des Zinsniveaus würde zu einer geänderten Bewertung (Abschreibung) der Eigenanlagen führen. Dies kann jedoch aufgrund der erwarteten Ergebnisse und der guten Eigenkapitalausstattung getragen werden.

Nach unseren derzeitigen Erkenntnissen halten sich die Zinsänderungsrisiken im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und unserer bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Währungsrisiken sind nicht vorhanden.

Adressenrisiko

Das Adressenrisiko ist die Gefahr, dass Verluste aufgrund eines Ausfalls oder einer Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern das erwartete Maß übersteigen.

Die Vergabe von Krediten geht mit den erforderlichen Bonitätsprüfungen einher. Ein großer Teil der Kredite ist mit Grundpfandrechten abgesichert. Wir beschränken unsere Kreditvergabe auf das Privatkundengeschäft, im Wesentlichen in der Region Ostbayern. Daher weist das Kreditportfolio eine hohe Granularität auf. Die Struktur des Kundenkreditportfolios wird regelmäßig überwacht.

Nach unseren derzeitigen Erkenntnissen sind in unserem Kreditbestand keine wesentlichen Risiken vorhanden, für die nicht bereits am letzten Bilanzstichtag Wertkorrekturen vorgenommen wurden. Für das laufende Geschäftsjahr wird sich voraussichtlich keine wesentliche Veränderung unserer Risikovorsorge ergeben.

Adressenrisiken in unseren Wertpapieranlagen begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir nur Papiere aus dem Ratingbereich „Investment Grade“ kaufen und unsere Eigenanlagen stark diversifizieren. Weiterhin handelt es sich bei den eigenen Wertpapieranlagen zu einem großen Teil um gedeckte Wertpapiere (Pfandbriefe, Covered Bonds). Für die Eigenanlagen besteht ein detailliertes System aus Limiten (Emittenten-, Länder- und Strukturlimite), welches regelmäßig überwacht wird.

Ein größeres Adressenausfallrisiko erwarten wir auch für unsere Eigenanlagen nicht.

Aufsichtsrechtlich werden die Ausfallrisiken bereits durch die Kreditvorschriften des Kreditwesengesetzes und der Kapitaladäquanzrichtlinie CRD IV in Verbindung mit der Verordnung CRR II (KSA-Ansatz) begrenzt, die von uns stets eingehalten werden.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen.

Es erfolgen regelmäßig Analysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos. Durch die Verwendung von Frühwarnindikatoren können sich abzeichnende Liquiditätsengpässe frühzeitig erkannt werden. Dem Liquiditätsrisiko begegnen wir durch eine Liquiditätsvorsorge und einer entsprechenden Strukturierung der Aktiva und Passiva. Bedingt durch die Struktur der Passiva bestehen Abruf Risiken. Diesen Risiken begegnen wir mit einem ausreichenden Liquiditätspuffer in Form der Eigenanlagen.

Durch die Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund bestehen jederzeit ausreichende und diversifizierte Refinanzierungsmöglichkeiten.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität erfüllen wir deutlich.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu erfassen und so weit wie möglich zu begrenzen. Interne operationelle Risiken begrenzen wir durch Arbeitsanweisungen, Funktionstrennungen und eingeschränkte EDV-Zugriffsrechte. Zur Beurteilung komplexer rechtlicher Fragen bedienen wir uns externer Dritter. Das Beschwerdemanagement ist zentral organisiert.

Gesamtbild der Risikolage

Insgesamt verfügen wir über ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Unser umfassender Steuerungsansatz erlaubt sowohl die frühzeitige Identifizierung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung von Gegenmaßnahmen. Die genutzten Verfahren zur Messung der Risiken werden der Art und dem Umfang des Geschäftsbetriebs gerecht und gewährleisten eine konsistente Ermittlung und Darstellung der Risiken.

Aus den Anforderungen nach Basel III und der Unterlegung von Marktpreisrisiken in Säule 1 (SREP) ergeben sich erhöhte Eigenmittelanforderungen. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen ist die Risikotragfähigkeit nach derzeitigem Planungsstand auch in den Folgejahren angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögenssituation gegeben.

Im abgelaufenen Jahr 2021 hat die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zu weltweiten Auswirkungen geführt. Dazu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitgeber in der Region. Im Berichtszeitraum haben wir die Corona-Situation laufend beobachtet. Ferner analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch das Coronavirus. Die finanziellen Auswirkungen des Coronavirus für unser Haus sind derzeit noch überschaubar, sodass eine geänderte Risikobeurteilung noch nicht erforderlich ist. Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund Quarantäne mehrerer und/oder leitender Mitarbeiter/-innen begegnen wir durch Bereitstellung von Homeoffice-Angeboten und einem umfassenden Hygiene-Konzept für die Mitarbeiter und Kunden. Die weitere Entwicklung wird durch unser Risikomanagement intensiv beobachtet.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2022 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-Substanzsituation der Sparda-Bank gegeben.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die COVID-19-Pandemie hat auch das Geschäftsjahr 2021 in seinem Verlauf geprägt und hat uns nach wie vor fest im Griff. Die Pandemie wird auch Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der Sparda-Bank haben.

Wir erwarten in den nächsten Jahren einen unverändert harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Für die Geschäftsjahre 2022 und 2023 erwarten wir trotzdem wieder einen Zuwachs in etwa auf Vorjahresniveau im Kundengeschäft entsprechend unserer Zielplanung.

Ferner rechnen wir unter Berücksichtigung unserer Anlagenstruktur und der erwarteten Zinsentwicklung mit moderaten Belastungen aus den Wertpapieranlagen.

Wegen der guten Vermögenslage und unserer regionalen Marktkenntnisse gehen wir davon aus, auch zukünftige Ertragschancen nutzen zu können. Die konsequente Vertriebsausrichtung sowie die permanente Qualifizierung des Mitarbeiterstammes bilden dabei weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt unseres Hauses.

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den Geschäftsverlauf sehen wir in den Jahren 2022 und 2023, für den Fall, dass die Nachfrage im Kundenkreditgeschäft und Vermittlungsgeschäft deutlich stärker als erwartet zunimmt.

Beim Zinsüberschuss erwarten wir in den nächsten Jahren aufgrund des derzeitigen Niedrigzinsniveaus deutlich rückläufige Erträge. Bei einem schnellen Anstieg des Zinsniveaus ist mit einer höheren Abschreibung bei den Eigenanlagen zu rechnen. Diese kann jedoch aufgrund der erwarteten Ergebnisse und der guten Eigenkapitalausstattung getragen werden.

Bei den Sach- und Personalaufwendungen erwarten wir in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg. Aus der laufenden Analyse der IT-Aufstellung unserer Bank und den diesbezüglich begonnenen und geplanten Veränderungen sowie aufgrund der Investitionen in die Digitalisierung rechnen wir in den nächsten Jahren mit deutlichen Kostenbelastungen. Die geplanten Veränderungen haben zum Ziel, mittelfristig eine leistungs- und wettbewerbsfähige IT zu kalkulierbaren Kosten zu beziehen.

Neben der prognostizierten Entwicklung der Aufwendungen für Löhne und Gehälter investieren wir weiter in die Qualifikation unserer Mitarbeiter, auch aufgrund steigender regulatorischer Anforderungen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist wegen einer den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechenden Liquiditätsvorsorge auch in den Jahren 2022 und 2023 nicht zu rechnen.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir – trotz prognostizierter rückläufiger Ergebnisbeiträge – weitere Zuführungen zum Eigenkapital durch die voraussichtliche künftige Dotierung unserer Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, die jedoch niedriger als in den Vorjahren ausfallen werden. Ferner erwarten wir eine jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an die Eigenkapitalvorschriften der Kreditinstitute in den nächsten Jahren.

Die BaFin hat eine Aktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers für Deutschland angeordnet und plant zusätzlich die Einführung eines Systemrisikopuffers auf mit Wohnimmobilien besicherte Risikopositionen. Bei Verabschiedung des Maßnahmenpakets sind die Kapitalpuffer 12 Monate nach Verabschiedung verpflichtend einzuhalten. Zum aktuellen Zeitpunkt ist ausschließlich

der antizyklische Kapitalpuffer in Höhe von 0,75 % verabschiedet und ab dem 01.02.2023 anzuwenden. Wir haben die Auswirkungen dieser geplanten Maßnahmen auf die Eigenmittelanforderungen unseres Hauses analysiert. Im Ergebnis können aufgrund unserer guten Eigenmittelausstattung die Eigenmittelanforderungen bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen durch die BaFin ohne zusätzliche Eigenmittelbildung getragen werden.

Wesentliche Risiken bestehen im kommenden Jahr bei einer deutlich schlechteren Konjunktorentwicklung als prognostiziert. Insbesondere die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 wird weiterhin negative Auswirkungen auf die weltweite gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf Unternehmen in der Region haben. Daneben könnte sich auch die sich verschlechternde geopolitische Situation in Osteuropa negativ auswirken. Infolgedessen ist nicht auszuschließen, dass sich durch Kurskorrekturen an den Wertpapiermärkten auch Ertragseinbußen im Provisionsergebnis, Kundengeschäft und bei den laufenden Erträgen im Eigengeschäft ergeben. Dies kann dazu führen, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zugrunde liegen, nicht als zutreffend erweisen. Außerdem würde eine weitere Verflachung der Zinsstrukturkurve, ausgelöst durch zusätzliche geldpolitische Stützungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank, geringere Zinseinnahmen aus der Fristentransformation nach sich ziehen.

Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. In welchem Umfang sich die Auswirkungen des Coronavirus SARS-CoV-2 explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum Bilanzstichtag nur schwer abzuschätzen.

Mit Sicherheit lässt sich jedoch bereits jetzt festhalten, dass die negativen Folgen für die Wirtschaftsleistung der Sparda-Bank umso stärker sind, je länger die Pandemie anhält.

Bei einer abschätzbaren Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte (Niedrig-/Negativzinsumfeld) ist in den nächsten Jahren mit weiteren Belastungen der operativen Ertragslage zu rechnen.

Regensburg, den 24. Januar 2022

Der Vorstand

gez. Gruber

gez. Lechner

gez. Dollinger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies beinhaltete auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Risikolage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in engem Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. An den Fortbildungsmaßnahmen des Verbandes der Sparda-Banken e. V. haben die Aufsichtsratsmitglieder regelmäßig teilgenommen.

Im Jahr 2021 hat der Aufsichtsrat neben den Sitzungen in den Ausschüssen weitere elf Sitzungen im Gesamtaufsichtsrat abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten das wirtschaftliche Umfeld, die strategische Neuausrichtung der IT, die geschäftliche Entwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikosituation sowie die regulatorischen Anforderungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss und einen Risikoausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufsichtsrats. Kreditausschuss und Personalausschuss haben Entscheidungsfunktion.

Der vorliegende Jahresabschluss 2021 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Ergebnisverwendung entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2021 festzustellen und die vorgeschlagene Ergebnisverwendung zu beschließen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Regensburg, den 21. März 2022

gez. Hammer
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2021

Aktivseite			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			18.219.888,55		16.629
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3.205.314,75		1.985
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	3.205.314,75				(1.985)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	21.425.203,30	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			285.979.710,68		291.253
b) andere Forderungen			67.176.715,98	353.156.426,66	47.517
4. Forderungen an Kunden				1.706.031.293,68	1.632.478
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.358.520.370,62				(1.281.367)
Kommunalkredite	5.021.155,48				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten			–	–	–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		146.162.744,36			171.416
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	146.162.744,36				(171.416)
bb) von anderen Emittenten		549.667.612,03	695.830.356,39		646.293
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	458.653.858,35				(549.608)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	695.830.356,39	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				198.354.288,49	178.498
6.a Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			7.182.723,98		8.128
darunter:					
an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.260,00	7.188.983,98	6
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	–				(–)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				–	–
darunter:					
an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				–	–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			301.473,30		323
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	301.473,30	–
12. Sachanlagen				14.363.052,81	15.308
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.307.254,29	851
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1.618.631,16	1.037
Summe der Aktiva				2.999.576.964,06	3.011.722

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			489.589,72		517
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			132.675.397,08	133.164.986,80	116.238
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	820.025.435,56				849.235
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	–	820.025.435,56			–
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.809.765.150,81				1.822.762
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.797.556,12	1.816.562.706,93	2.636.588.142,49		8.266
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			–	–	–
darunter:					
Geldmarktpapiere	–				(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–				(–)
3.a Handelsbestand					–
4. Treuhandverbindlichkeiten					–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				718.985,26	652
6. Rechnungsabgrenzungsposten				101.915,22	124
6.a Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			20.432.378,30		19.379
b) Steuerrückstellungen			803.828,67		770
c) andere Rückstellungen			10.263.271,23	31.499.478,20	8.042
8. ...					–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten					–
10. Genusssrechtskapital					–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				58.200.000,00	56.300
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–				(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			19.250.412,31		11.275
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	93.028.992,17				91.078
cb) andere Ergebnisrücklagen	25.000.000,00				25.000
cc)	–	118.028.992,17			–
d) Bilanzgewinn		2.024.051,61	139.303.456,09		2.084
Summe der Passiva				2.999.576.964,06	3.011.722

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			597.761,70		870
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	597.761,70	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			139.684.991,39	139.684.991,39	104.112
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–				(–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	Geschäftsjahr			Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		30.609.668,19			31.551
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		4.338.472,42	34.948.140,61		5.096
darunter:					
in a) und b) angefallene negative Zinsen	222.293,92				(47)
2. Zinsaufwendungen			- 9.903.626,15	25.044.514,46	- 8.369
darunter:					
erhaltene negative Zinsen	177.839,18				(83)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.592.700,18		2.510
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			197.485,79		135
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	4.790.185,97	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			12.731.979,05		13.124
6. Provisionsaufwendungen			- 1.728.036,84	11.003.942,21	- 1.761
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.248.912,28	453
9. ...				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		- 10.708.896,63			- 10.757
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		- 3.271.736,67	- 13.980.633,30		- 4.381
darunter: für Altersversorgung	- 1.295.474,92				(- 2.422)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			- 17.735.795,04	- 31.716.428,34	- 15.541
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				- 1.169.603,31	- 1.139
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				- 731.857,59	- 525
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		- 465.875,66			(- 518)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			- 275.721,51		- 435
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	- 275.721,51	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			- 1.221.833,64		- 317
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	- 1.221.833,64	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. ...				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				6.972.110,53	9.644
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			- 711.677,14		- 855
22. Außerordentliches Ergebnis				- 711.677,14	(- 855)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 2.303.880,93		- 3.673
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			- 32.500,85	- 2.336.381,78	- 32
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				- 1.900.000,00	- 3.000
25. Jahresüberschuss				2.024.051,61	2.084
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				2.024.051,61	2.084
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				2.024.051,61	2.084
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				2.024.051,61	2.084
28a. ...				-	-
29. Bilanzgewinn				2.024.051,61	2.084

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Ostbayern eG, Regensburg, ist beim Amtsgericht Regensburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 578 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Barreserve wurde mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei den Forderungen an Kunden wurden von den Nennwerten Wertberichtigungen für akute und latente Risiken im Kreditgeschäft abgesetzt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Wertpapiere

Die im Umlaufvermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet worden. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten vorgenommen.

Die wie Anlagevermögen behandelten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Es wurde ein Volumen in Höhe von 150.744 TEUR (Buchwert incl. Stückzinsen) mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 149.367 TEUR nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Es handelt sich hierbei um eine rein zinsinduzierte vorübergehende Wertminderung. Bislang erfolgte eine Bewertung dieser Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Im Geschäftsjahr wurden Umwidmungen von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen vorgenommen. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zum Einlösungskurs bzw. den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen. Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren wurden im Geschäftsjahr und in den Vorjahren Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.



Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Aktiva 5 bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Die Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte wurden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten aktiviert.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen angesetzt.

Bei Verbindlichkeiten aus abgezinnten Sparbriefen wurde der zum Bilanzstichtag abgezinste Wert eingestellt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die Richttafeln von Heubeck (Richttafeln 2018G) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden – soweit erforderlich – 2,00 % und als Rententrend 2,00 % angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre, auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2021 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2021 (1,87 %) zu Grunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.113.270 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten und der beizulegende Zeitwert der verrechneten Rückdeckungsversicherungen betrug 4.967 TEUR und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in gleicher Höhe saldiert. Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen beträgt nach Verrechnung 20.432 TEUR. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Deckungsvermögen: Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) i. H. von 114 TEUR verrechnet.

Die anderen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die

zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 139.685 TEUR betreffen 118.190 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Innerhalb dreier Spezialfonds bestehen Zusagen in Höhe von 21.495 TEUR aus Kapitalabrufen für Immobilienspezialfonds.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Finanzswaps sind als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten bilanziert.

Eine Einzelbewertung wurde nicht vorgenommen, da die Zins austauschvereinbarungen zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossen wurden. Sie wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle Euro)

	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	666.394	33.254	-	a) 49.159 b) -	650.489	301.473	322.689
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	20.396.177	45.121	-	a) - b) -	20.441.298	11.577.788	11.897.209
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.660.552	170.876	-	a) 765.851 b) -	14.065.577	2.785.265	3.411.127
a	35.723.123	249.251	-	a) 815.010 b) -	35.157.364	14.664.526	15.631.025

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	343.704	-	49.159	-	54.470	-	349.015
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	8.498.968	-	-	-	364.542	-	8.863.510
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.249.425	6.219	725.922	-	750.591	-	11.280.313
a	20.092.097	6.219	775.081	-	1.169.603	-	20.492.838

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	207.153.924	85.548.319	292.702.243
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	8.285.763	- 1.096.779	7.188.984
b	215.439.687	84.451.540	299.891.227
Summe a und b	251.162.810		314.555.753

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **344.839.441 EUR** Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)) (ohne Bausparguthaben)	–	10.078.689	–	57.098.027
Forderungen an Kunden (A 4)	25.303.226	82.202.703	401.117.609	1.184.973.113

In den Forderungen an Kunden sind **12.434.643 EUR** Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Zinsabgrenzungen aus Kundenforderungen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **176.171.910 EUR** fällig.
- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6):

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Asset Allocation	196.548.241	207.971.128	11.422.887	4.592.700	Nein

- Die Genossenschaft besitzt keine Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht.
- Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ-Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,10	2021	3.209.880.365	2021	77.247.926
b) COMECO GmbH & Co. KG, Stuttgart	3,04	2020	2.516.494	2020	– 21.881.654
c) SOPRA Financial Technology GmbH, Nürnberg	3,11	2020	33.176.219	2020	– 1.214.433

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	695.830.356	679.415.327	16.415.029	150.744.231
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	269.048	–	269.048	–

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	9.861.130
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.785.265

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	1.165.291

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind **913.315 EUR** Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: – EUR) enthalten.
- Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.
Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände und Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken, denen passive Steuerlatenzen insbesondere in der Position Beteiligungen gegenüberstehen.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **132.642.577 EUR** Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b))	2.282.463	6.799.292	31.251.283	92.342.359
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab))	–	–	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb))	803.898	1.649.685	4.204.651	139.322

- Zinsabgrenzungen aus Kundenverbindlichkeiten wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	341.993

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von **84.328 EUR** (Vorjahr: 106.213 EUR) enthalten.

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		18.826.860
b) der ausscheidenden Mitglieder		369.160
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		54.392
Rückständige fällige Pfeichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	

- Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2021	91.078.577	25.000.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.950.415	–
Stand 31. Dezember 2021	93.028.992	25.000.000

- Vorschlag für die Ergebnisverwendung:

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,500 %	230.487,39
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	1.793.564,22
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	–
Insgesamt	2.024.051,61

- Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2021

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei **2.113.270 EUR**.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

(Angaben in Mio. EUR)	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	9,5	127,0	332,2	468,7	- 9,2	25,6

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps im Rahmen der passiven Benchmarksteuerung des Zinsbuches eingesetzt, insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	18.936.070

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 222.294 EUR (Vorjahr: 47.175 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der EZB und Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank DZ BANK AG enthalten (Reduktion des Zinsertrags). Ferner sind in den Zinsaufwendungen 177.839 EUR (Vorjahr: 82.882 EUR) positive Zinsen aus Kundeneinlagen enthalten (Reduktion des Zinsaufwands).
- In den Zinserträgen sind 1.993.906 EUR für die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps enthalten.
- Steuerrechtliche Abschreibungen wurden im Geschäftsjahr aus Vorjahren beibehalten.
- Im Zusammenhang mit der Transition und Transformation unseres IT Dienstleisters Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg, sind a. o. Aufwendungen zur Vorbereitung einer Systemmigration in Höhe von 711.677 EUR angefallen.

E. Sonstige Angaben

- Im Bereich der aktiven Vorstände wurde auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge in Höhe von **640.655 EUR** gezahlt.
- Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen **208.447 EUR**.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von **10.745.949 EUR**.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	267
Mitglieder des Aufsichtsrats	311.534

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von **4.078.172 EUR**.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	134,00	79,25

Außerdem wurden durchschnittlich 6,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2021	112.862	209.110	–
Zugang 2021	2.251	161.091	–
Abgang 2021	4.384	8.146	–
Ende 2021	110.729	362.055	–

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	7.953.468
Höhe des Geschäftsanteils	52 EUR
Höhe der Haftsumme	–

- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres:
Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) nicht eingetreten.

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbands:
Verband der Sparda Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

- Mitglieder des Vorstands:
Michael Gruber (Vorstandsvorsitzender), Geschäftsleiter
Johannes Lechner (stv. Vorstandsvorsitzender), Geschäftsleiter
Werner Dollinger, Geschäftsleiter

- Mitglieder des Aufsichtsrats:
Franz Pell (Vorsitzender bis 24.06.2021), Betriebsratsvorsitzender
Harald Hammer (Vorsitzender ab 24.06.2021), Gewerkschaftssekretär, (stv. Vorsitzender bis 24.06.2021)
Bernhard Gruber (stv. Vorsitzender ab 24.06.2021), Finanzwirt
Petra Gangl, stv. Betriebsratsvorsitzende
Bernd Heinze, Pädagoge, Geschäftsführer
Rudolf Frank, Betriebsratsvorsitzender
Dr. Sabine Mühlbauer, Juristin
Franz Popp, stv. Betriebsratsvorsitzender
Elisabeth Wlaschitz, Gesamtbetriebsrätin

Regensburg, 24. Januar 2022
Sparda-Bank Ostbayern eG

Der Vorstand



Michael Gruber
Vorstandsvorsitzender



Johannes Lechner
Stv. Vorstandsvorsitzender



Werner Dollinger
Vorstand

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2021

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Ostbayern eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Ostbayern eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Ostbayern eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2021 42.088 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 184 Mitarbeiter.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 6.260 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 2.304 TEUR und betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Ostbayern eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Ostbayern eG, Regensburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Ostbayern eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 1.706 Mio. EUR. Dies entspricht 56,9 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Uwe Sterz.

Frankfurt am Main, den 21.03.2022

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer





Geschäftsgebiet

Sparda-Bank Ostbayern eG

Zentrale

93047 Regensburg, Bahnhofstraße 5

Weitere Filialen

92224 Amberg, Marienstraße 1
93133 Burglengenfeld, Regensburger Straße 60
93413 Cham, Rodinger Straße 1
94469 Deggendorf, Michael-Fischer-Platz 2
95028 Hof/Saale, Ludwigstraße 54
84028 Landshut-Stadt, Neustadt 448
95615 Marktredwitz, Martin-Luther-Straße 7
93073 Neutraubling, Pommernstraße 4
94032 Passau, Nibelungenplatz 4
93059 Regensburg DEZ, Weichser Weg 5
92421 Schwandorf, Am Brunnfeld 8
94315 Straubing, Theresienplatz 34
92637 Weiden, Bahnhofstraße 17

SB-Filialen

84030 Ergolding, Industriestraße 38-44
95028 Hof, Königstraße 4
84034 Landshut-West, Ludwig-Erhard-Straße 8
92660 Neustadt/Waldnaab, Innere Floßer Straße 7
94032 Passau, Nibelungenplatz 5
94447 Plattling, Dr.-Walter-Bruch-Straße 1
93053 Regensburg, Friedenstraße 23
93049 Regensburg, Stromerstraße 2 a
92421 Schwandorf, Breite Straße 21
94315 Straubing, Landshuter Straße 10

Internet

www.sparda-ostbayern.de



Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Ostbayern eG
Bahnhofstraße 5 · 93047 Regensburg

Telefon: 0941 / 58 31 22 2

E-Mail: kontakt@sparda-ostbayern.de

Redaktion

Gerd Baumann, Dietmar Breu, Bianca Fritsch, Max Leger

Gestaltung

welten+wunder Markenkommunikation GmbH
Provinzialstraße 26 · 66787 Wadgassen

Fotografie

Sparda-Bank Ostbayern eG

Druck

Schmidl & Rotaplan Druck GmbH
Hofer Straße 1 · 93057 Regensburg

Sparda-Bank

Die Deine Bank.